EMPIRISCHE POLITIK UDE

Wenn sich Menschen benachteiligt fühlen: Eine Gefahr für die Demokratie

Maximilian Filsinger · 20. Juli 2026
Über Politik aus der Wissenschaft

Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien sind in ganz Europa auf dem Vormarsch – sei es in England, Italien oder Deutschland. In der wissenschaftlichen Debatte wächst die Sorge darüber, dass diese Parteien eine Gefahr für die liberale Demokratie darstellen. Die Gründe, warum Menschen solche Parteien wählen, sind vielfältig und gut erforscht. Sie reichen von kultureller Identität, migrationsfeindlichen Einstellungen und politischem Protest bis zu ökonomischen Interessen. Ein Faktor, der in dieser Debatte zunehmend Beachtung findet, ist das Gefühl, als Gruppe benachteiligt zu werden – sei es wirtschaftlich, sozial oder kulturell. Menschen, die sich als Verlierer gesellschaftlicher Entwicklungen empfinden, wenden sich häufiger radikalen Parteien zu, die versprechen, für „die eigene Gruppe“ einzustehen. Unklar blieb bislang jedoch eine weitergehende Frage: Wenden sich Menschen, die sich benachteiligt fühlen, nicht nur bestimmten Parteien zu, sondern von der Demokratie als Regierungsform insgesamt ab?

Subjektive Benachteiligung untergräbt Legitimität und fördert autokratische Alternativen

Der Ausgangspunkt der Studie ist eine einfache, aber weitreichende Beobachtung. Die Zustimmung zur liberalen Demokratie als beste Staatsform beruht nicht nur auf normativer Überzeugung, sondern auch auf der Performanz des Systems, d.h., der ökonomischen und sozialen Leistungsfähigkeit der Institutionen. Doch entscheidet die Wahrnehmung, ob das vorhandene demokratische System als wirtschaftlich und sozial funktionierend wahrgenommen wird, über die Unterstützung für die Demokratie als Regierungsform im Allgemeinen? Das zentrale Argument der Studie lautet ja.

Wer den Eindruck hat, dass die eigene Gruppe systematisch benachteiligt wird, hat vermehrt das Gefühl, dass das demokratische System als Gesamtkonstrukt nicht funktioniert. Frustration und Wut gegenüber dem bestehenden demokratischen System und eine Abkehr von der normativen Überzeugung, dass die Demokratie die beste Staatsform ist, sind die Folge. Ein entscheidendes Argument ist dabei, dass es nicht darauf ankommt, ob diese Benachteiligung objektiv „real“ ist. Die *subjektive* Wahrnehmung spielt oft eine ebenso bedeutende Rolle wie objektive Kriterien. So untergräbt das Gefühl unfair benachteiligt zu sein graduell die Legitimität der liberalen Demokratie.

Die Kehrseite dieser Unzufriedenheit ist, dass Menschen nach Alternativen suchen. Und hier kommen autoritäre Systeme ins Spiel. Sie werden oft als schnell und effizient wahrgenommen. Autokratische Regime legitimieren sich zudem häufig über (wirtschaftliche) Performanz-Versprechen, wozu allerdings häufig großzügige, aber gezielte Sozialleistungen als Mittel der Kooptation gehören, um Bürger und Eliten zu besänftigen. Ferner befördern Autokratien ein starkes Gruppendenken mit klaren Innen- und Außengrenzen. Sie stellen somit insgesamt einen vermeintlich erfolgreicheren Gegensatz zum langsameren und kompromissgetriebenen demokratischen Prozess dar. Beide Charakteristiken autokratischer Regime können für Menschen, die sich als benachteiligte Gruppe fühlen, besonders attraktiv wirken. Sie versprechen Schutz und Stärke nach außen, wo die Demokratie vermeintlich versagt hat. Zusammenfassen lassen sich unsere Erwartungen wie folgt: Für Menschen, die sich subjektiv benachteiligt fühlen, hat die Demokratie ihre Legitimität verloren, während autoritäre Systeme durch vermeintliche (ökonomische) Vorteile und kompetitives Gruppendenken scheinbar eine tragfähige Alternative bieten.

Ergebnisse: Hohe Zustimmung für die Demokratie, aber auch Offenheit für autokratische Alternativen

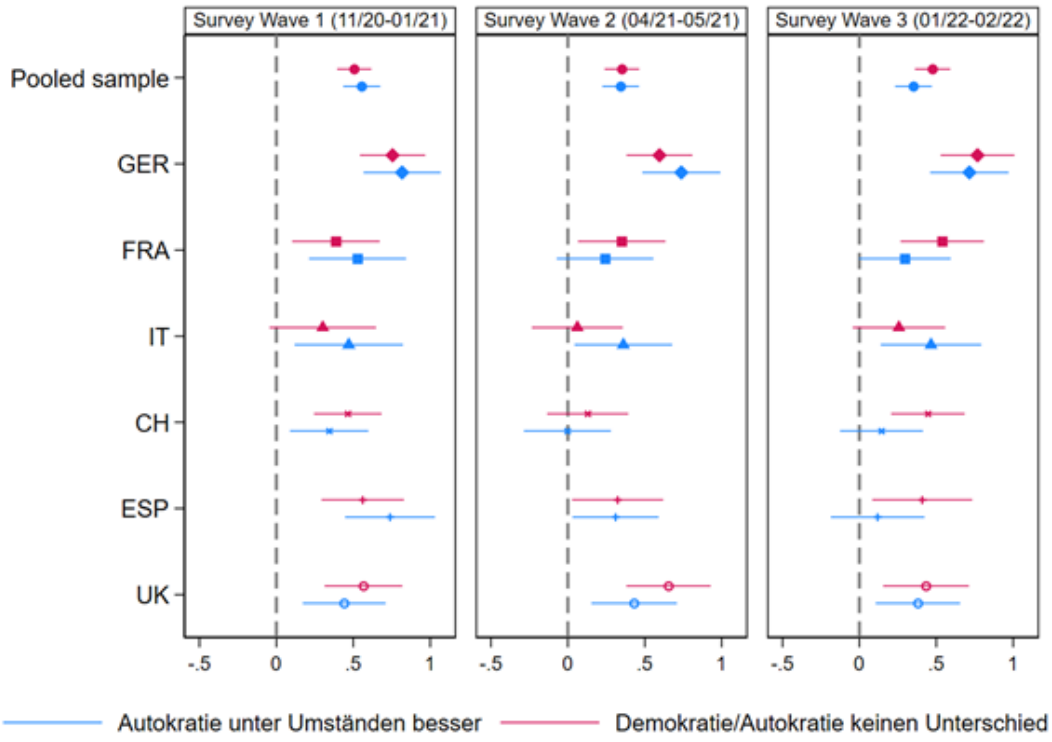
Um diesen Zusammenhang empirisch zu prüfen, haben wir Bürgerinnen und Bürger aus sechs europäischen Ländern – Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich – zwischen 2020 und 2022 befragt. Die Analysen basieren auf drei Querschnittsbefragungen in Kombination mit Panel-Daten, also auf

Befragungen derselben Personen über mehrere Zeitpunkte hinweg. Das erlaubt, nicht nur Zusammenhänge, sondern auch Veränderungen über die Zeit hinweg zu betrachten.

Die Analysen zeigen ein gemischtes Bild über den Zustand der demokratischen Unterstützung und den Einfluss subjektiver Benachteiligung. Zunächst die gute Nachricht: Die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie ist in allen sechs Ländern hoch. Die allermeisten Menschen bevorzugen Demokratie klar gegenüber autoritären Regierungsformen. Subjektive Benachteiligung ist auch nicht mit einer abnehmenden Zustimmung zur Demokratie als bester Staatsform verbunden.

Der zweite Befund ist jedoch beunruhigender für die liberale Demokratie. Wahrgenommene gruppenbasierte Benachteiligung korreliert mit einer größeren Offenheit gegenüber autokratischen Staatsformen. Menschen, die sich subjektiv benachteiligt fühlen, sind eher der Meinung, dass Autokratie unter Umständen einer Demokratie vorzuziehen ist oder dass es keinen Unterschied macht, ob man in einer Demokratie oder einer Autokratie lebt. Abbildung 1 veranschaulicht diese Zusammenhänge in den sechs Ländern in 2020, 2021 und 2022. Die Ergebnisse weisen eine Heterogenität auf, wobei die Resultate in Italien und der Schweiz weniger konsistent sind als in Deutschland, Frankreich, Spanien und dem Vereinigten Königreich. Deutschland sticht hier mit besonders starken Effekten heraus, was möglicherweise an der Kombination aus subjektiver Benachteiligung und dem objektiven Anstieg an Ungleichheit liegt, der hier besonders stark ist.

Abbildung 1 Subjektive Gruppenbenachteiligung und Offenheit für autokratische Alternativen



Anmerkungen: Erklärungen zum methodischen Vorgehen finden Sie im Forschungspapier.

Was bedeutet nun eine höhere Offenheit gegenüber autoritären Alternativen? Es bedeutet zunächst einmal nicht, dass diese Befragten zu überzeugten Anhängern der Autokratie werden. Aber sie rücken von der klaren, unbedingten Ablehnung autoritärer Systeme ab, die als Fundament stabiler demokratischer Unterstützung gilt. Dies ist umso besorgniserregender, da wir es mit Befragten aus stabilen und langjährigen Demokratien zu tun haben, deren Lebensrealität von demokratischen Institutionen geprägt ist.

Das ist der Kern des Problems. Die politikwissenschaftliche Forschung geht üblicherweise davon aus, dass stabile demokratische Systeme nicht nur eine starke Unterstützung der Demokratie, sondern auch eine strikte, kompromisslose Ablehnung autoritärer Alternativen in der Bevölkerung voraussetzen. Die Ergebnisse zeigen jedoch, dass sich Befragte, die sich subjektiv benachteiligt fühlen, autokratischen Alternativen öffnen und somit die Stabilität der liberalen Demokratie untergraben.

Ausblick: Herausforderung für demokratische Parteien

Die Befunde haben weitreichende Implikationen für demokratische Gesellschaften. Sie zeigen einen Mechanismus auf, über den selbst etablierte, stabile Demokratien unter Druck geraten können. Dieser Druck baut sich schleichend auf. Subjektive Benachteiligung führt nicht zu einem unmittelbaren Bruch mit der Demokratie, sondern erhöht die Offenheit der Bevölkerung für autokratische Alternativen.

Dies ist besonders besorgniserregend, wenn man bedenkt, dass genau dieses Gefühl der Benachteiligung von rechtsextremen und rechtspopulistischen Akteuren gezielt mobilisiert und verstärkt wird. Wenn diese Mobilisierung zusätzlich mit Fantasien einer „illiberalen Demokratie“ verknüpft wird – also einem System, das sich formal noch demokratisch nennt, aber liberale Grundprinzipien wie Minderheitenschutz oder Gewaltenteilung aushöhlt – entsteht eine Mischung, die selbst für etablierte Demokratien zum Problem werden kann.

Die Studie liefert damit ein wichtiges Puzzleteil zum Verständnis demokratischer Erosion. Meiner Ansicht ergibt sich daraus für demokratische Parteien eine doppelte Aufgabe. Zum einen müssen sie das Gefühl der Benachteiligung ernst nehmen, statt es klein zu reden oder als irrational abzutun – denn subjektiv erlebte Ungleichheit wirkt unabhängig davon, ob sie sich in objektiven Daten widerspiegelt. Zum anderen brauchen demokratische Parteien eigene, positive Zukunftserzählungen, die den Abstiegs- und Bedrohungsnarrativen der extremen Rechten etwas entgegensetzen. Solche Narrative müssen zeigen, dass demokratische, liberale Politik Antworten auf reale Sorgen bieten kann, die nicht auf autokratischen Politikversprechen bauen.

Studie

Der Blogbeitrag basiert auf einer Studie, die im September 2025 im European Journal of Political Research publiziert wurde. Die Studie ist open access verfügbar:

Filsinger M. and Wamsler S. (2026). Democracy and disadvantage: How subjective group relative deprivation undermines democratic support. European Journal of Political Research,65(1), 43–64., doi: 10.1017/S1475676525100029.

Bleiben Sie auf dem Laufenden: Mit unserer E-Mail-Liste bekommen Sie eine kurze Nachricht, sobald ein neuer Beitrag online ist, regulär alle drei Wochen. Keine Werbung,

Abmeldung jederzeit möglich. Zur Anmeldung

Referenzen

1. Claassen, C. (2020). Does public support help democracy survive?. American Journal of Political Science, 64(1), 118–134.
2. Easton, D. (1965). A Systems Analysis of Political Lif. New York: Wiley.
3. Filsinger, M. (2023). Perceived exclusionary disadvantages and populist attitudes: evidence from comparative and longitudinal survey data in six European countries. Political Research Quarterly, 76(3), 1043–1057.
4. Gerschewski, J. (2023). The Two Logics of Autocratic Rule. Cambridge: Cambridge University Press.
5. Gest, J., Reny, T. and Mayer, J. (2018). Roots of the radical right: nostalgic deprivation in the United States and Britain. Comparative Political Studies, 51(13), 1694–1719.
6. Magalhães, P.C. (2014). Government effectiveness and support for democracy. European Journal of Political Research, 53(1), 77–97.
7. Neundorf, A., Gerschewski, J. and Olar, R.-G. (2020). How do inclusionary and exclusionary autocracies affect ordinary people? Comparative Political Studies, 53(12), 1890–1925.
8. Wunsch, N. and Gessler, T. (2023). Who tolerates democratic backsliding? A mosaic approach to voters' responses to authoritarian leadership in Hungary. Democratization, 30(5), 914–937.
9. Wuttke, A., Gavras, K. and Schoen, H. (2022). Have Europeans grown tired of democracy? New evidence from eighteen consolidated democracies, 1981–2018. British Journal of Political Science, 52(1), 416–428.

Maximilian Filsinger (2026): Wenn sich Menschen benachteiligt fühlen: Eine Gefahr für die Demokratie. Empirische Politik UDE.
https://www.politik-wissenschaft.org/2026/07/20/benachteiligung-demokratie/
Lesefassung aus dem Onlinebeitrag. Interaktive Inhalte sind in der Onlinefassung verfügbar.